

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wllh. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 269

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 r.a. breit, 2 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Reklame 40 Goldpfennig, Offertgeblithen 10 Goldpfennig u. s. Porto.

Halver

Montag, den 15. November

Erscheint wöchentlich 6 mal.

Gratisbeilagen: „Zeitgeschichten im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herd und Scholle“

1926

Krisenfürsorgegesetz angenommen

Deutscher Reichstag.

(235. Sitzung.)

OB. BERLIN, 13. November.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages. Abg. Brüninghaus (D. Vp.) befürchtet aus dem Vertrag Schädigungen der Plauerer Stidereiindustrie. Abg. Hörne (Komm.) lehnte den Vertrag ab. Abg. Brodau (Dem.) wünschte, daß bei künftigen Verträgen die vogtländische Spitzenindustrie besser geschützt werde. Abg. Rademacher (Dn.) erklärte, ein Teil seiner Freunde werde wegen der Schädigung der vogtländischen Industrie den Vertrag ablehnen. Abg. v. Richthofen (Dem.) trat für die Annahme ein.

Abg. Rauch (Bayer. Vp.) lehnte den Vertrag ab, weil er in ihm eine Schädigung der Algaier Hartkleeerzeugung erblickt.

Der Vertrag wurde darauf in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Das deutsch-französische Saarabkommen wurde debattelos in zweiter und dritter Beratung angenommen. Es folgte die zweite Beratung des

deutsch-französischen Handelsprovisoriums.

Der Ausschuss ersucht in einem Antrag die Reichsregierung, durch Verhandlungen mit Frankreich die gleiche Behandlung der deutschen Reichsangehörigen mit den Angehörigen der anderen Völkerrundmitglieder in den französischen Mandatsgebieten und den Fortfall der 26 %igen Reparationsexportabgaben zu erreichen.

Abg. Dr. Reichert (Dn.) trat für die Forderung des Ausschusses ein, lehnte aber den Vertrag ab. Abg. Stöcker (Komm.) verlangte die schleunigste Verrückung der Exportabgaben. Abg. Haag (Dn.) wünschte stärkeren Schutz für den deutschen Weinbau und erklärte sich gegen den Vertrag. Abg. Meyer-Hannover (Wirtsch. Vgg.) erklärte, seine Freunde würden das Provisorium ablehnen. Abg. Hofmann-Köln (Ztr.) meinte, das Zentrum werde dem Provisorium zustimmen, für den endgültigen Vertrag aber bessere Berücksichtigung der Interessen der Landwirtschaft verlangen.

Der Vertrag wurde darauf gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Völkischen und der Wirtschaftspartei genehmigt. Auch die Ausschussentscheidungen fanden Annahme.

Das deutsch-französisch-belgische Luftverkehrsabkommen wurde gegen die Stimmen der Kommunisten und der Völkischen verabschiedet. Darauf folgte die zweite Beratung der

Krisenfürsorge für die Erwerbslosen.

Abg. Koch (Soz.) erklärte, seine Fraktion hätte nicht die Geschäfte der Deutschnationalen befragen können und hätte sich deshalb mit den Regierungsparteien verständigen müssen. Abg. Dr. Rademacher (Dn.) bedauerte die Ablehnung des

Antrages auf Staffellung der Erwerbslosenunterstützung.

Den Krisenfürsorgeentwurf lehnte der Redner ab. Abg. Frau Arendsee (Komm.) warf den Sozialdemokraten und den Rechtsparteien demagogisches Spiel mit den Erwerbslosen vor.

Das Krisenfürsorgegesetz wurde unter Ablehnung aller Anträge in zweiter und dritter Beratung mit den Stimmen der Regierungsparteien und der Sozialdemokraten in der Ausschussfassung angenommen, ebenso die Entschließungen des Ausschusses, die für leistungsunfähige Gemeinden Reichsunterstützungen verlangen.

Abg. Landsberg (Soz.) berichtete dann über die Beratung des kommunistischen Antrages auf Einstellung des Strafverfahrens gegen die kommunistischen Abgeordneten Stöcker, Knoen, Kemmele, Hedert, Hörne und Pfeifer im Geschäftsausgleich. Dieser beantragt, daß vor dem Reichsgericht schwebende Verfahren gegen die sechs Abgeordneten bis zu den Sommerferien des Reichstages 1927 einzustellen. Es handelt sich dabei um den Prozeß gegen die kommunistische Zentrale der Unruhen vom Spätherbst 1923. Der Antrag des Geschäftsausgleichsausschusses wurde angenommen.

Darauf wurde die erste Beratung des Nachtragsetats fortgesetzt.

Abg. Dr. Feder (Nat.-Soz.) meinte, daß die Erfolge der Finanz- und Steuerpolitik des Reichsfinanzministers allein der Großindustrie und den Banken zugute kommen.

Abg. Dr. Spahn (Dn.) wies in längeren Ausführungen die Angriffe gegen die Deutschnationalen von der Zentrumseite zurück und erklärte, daß Hofprediger Döring nicht Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei sei. Trotzdem das Angebot der Deutschnationalen zur Mitarbeit am Schutze im christlichen Sinne von Dr. Schreiber mit faulem Spott zurückgewiesen worden sei, seien die Deutschnationalen nach wie vor in dieser Frage zur Mitarbeit bereit.

Abg. Vornmann (Wirtsch. Vgg.) spricht die Erwartung aus, daß die Regierungsparteien mehr als bisher für den gewerblichen Mittelstand tun. Der Redner wendet sich dann gegen den Handelsbetrieb in den Driskrankenfassen und verlangt die Anwendung der Gewerbeordnung und der Vorschriften über die Verkaufszeit auch auf die Verkaufstände in und an den Bahnhöfen. Die Finanzämter gingen vielfach in überaus rigoroser Weise gegen die kleinen Gewerbetreibenden vor.

Abg. Dr. Schreiber (Ztr.) weist die Vorwürfe des Abgeordneten Spahn zurück, daß das Zentrum aus parteipolitischen Rücksichten die alten kulturpolitischen Ziele des Katholizismus vernachlässigt habe. Es müsse festgestellt werden, daß die Deutschnationalen ihren eigenen Schulgesetzentwurf im Stich gelassen hätten, indem sie aus der Regierung ausgetreten seien. Die Aussprache wird dann abgebrochen. Der sozialdemokratische Gesetzentwurf über die Ausweisung der Hohenzollern wird dem Reichsausschuss überwiesen.

Das Haus vertagt sich dann auf Montag zur Fortsetzung der Beratung des 2. Nachtragshaushalts.

Reichsrat dringend ersucht werden, mit aller Energie bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß diese das bayerische Wirtschaftsleben besonders schwer treffende Belastung entweder ganz vermeiden oder zum mindesten auf einen günstigeren Zeitpunkt hinausgeschoben wird.

Paris. Die Pariser Kammer hat der Regierung Poincaré mit 365 gegen 207 Stimmen ihr Vertrauen ausgesprochen und damit den Wunsch der Regierung erfüllt, die Besprechung der in der Parlamentspause eingegangenen 60 Interpellationen zu veranlassen.

London. „Daily Mail“ berichtet aus Tokio, daß die Krankheit des japanischen Kaisers eine ernste Wendung genommen habe.

Lissabon. Offiziell wird bekanntgegeben, daß die Regierung eine neue Verfassung vorbereitet, die im Einklang mit der Tradition und der geschichtlichen Entwicklung des Landes stehen soll. Nach dem Inkrafttreten dieser Verfassung werde die Wahl des neuen Staatspräsidenten erfolgen.

Newyork. Der Nationalbund farbiger Amerikaner hat sich an den Präsidenten Coolidge mit der Bitte gewandt, ein Antilynchgesetz zu erlassen, da seit dem 1. Januar wieder 31 Neger Opfer der Lynchjustiz geworden sind.

Batavia. An verschiedenen Stellen im westlichen Java ist eine kommunistische Revolte ausgebrochen. In mehreren Orten wurden die Gemeindevorsteher und die Polizeibefehlshaber von den Aufständischen überfallen und teils getötet, teils verletzt. In Batavia wurde ein Angriff der Kommunisten auf das Gefängnis abge schlagen. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Ruhe ist wieder hergestellt.

Landgemeindetagung in Berlin.

Eine Rede des Reichsinnenministers.

Der Verband der preussischen Landgemeinden hielt in Berlin seine dritte Tagung ab, zu der u. a. Reichsinnenminister Dr. Kütz, der preussische Landwirtschaftsminister Steiger, der Staatssekretär Professor Dr. Popitz vom Reichsfinanzministerium und der Vorsitzende des Reichslandbundes, Hepp, erschienen waren.

Der Vorsitzende, Bürgermeister Lange-Weißwasser, eröffnete die Tagung mit einer Ansprache, in der er auf die Bedeutung der Landgemeinde hinwies. In den Landgemeinden wären 55 % der Bevölkerung enthalten. Der Verband der Landgemeinden führe einen Dreifrontenkrieg gegen die Bureaucratie, Gesetzgebung und Vorwürfe der Privatwirtschaft. Die hierdurch aufgeworfenen Fragen würden auf der Tagung behandelt werden.

Reichsinnenminister Dr. Kütz begrüßte den Landgemeindetag im Namen aller Reichsressorts. Die Reichsregierung sei mit nachhaltigem Interesse befaßt, Fühlung auch mit den Landgemeinden zu behalten. Die Landgemeinden seien bemüht, die Probleme der Zeit zu erkennen und die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Der Minister Dr. Kütz betonte unter großem Beifall, daß

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Im Reichstage wurde das Gesetz über die Krisenfürsorge für die Erwerbslosen mit den Stimmen der Regierungsparteien und der Sozialdemokraten angenommen.

* Angenommen wurden vom Reichstage der Handelsvertrag mit der Schweiz, das vorläufige Handelsabkommen mit Frankreich und die Vereinbarung mit Frankreich über den Waren-austausch zwischen Deutschland und dem Saarbecken.

* Der neue Sächsische Landtag ist auf Donnerstag, den 25. November einberufen worden.

* Ein kommunistischer Aufruf brach auf Java aus; er wurde alsbald von den Behörden unterdrückt.

die Gemeinden die Keime und Urquellen des Staates

bilden und daß ein Unterschied bezüglich der Landgemeinden und der übrigen Gemeinden nicht gemacht werden dürfe. Großstädte und Landgemeinden seien durchaus von gleichem Wert. Es sei daher Aufgabe, die Landgemeinden lebensfähig zu erhalten. Der Minister erklärt, man müsse nicht nur den Kampf gegen die Bureaucratie im Reiche, sondern auch bei den Kommunen bekämpfen. Die Kampfstellung gegen die Gesetzgebung müsse sich bald in eine Allianz verwandeln, da ein Dauerkampfzustand zwischen Staat, Gemeinde und Wirtschaft nicht bestehen dürfe. Es sei Aufgabe der Gesetzgebung und der Regierung, einen Ausgleich zwischen ihren Interessen und den Interessen der Gemeinden zu finden und die Interessen der Gemeinden in den Kreis der allgemeinen Interessen einzugruppieren. Wenn die Gemeinden in dem Kreis dem Reiche zur Verwirklichung dieses Zieles helfen wollten, so seien sie als Bundesgenossen willkommen.

Ministerialdirektor Dr. Liden betonte im Namen des preussischen Innenministeriums, daß Preußen den Zusammenschluß der Gemeinden lebhaft begrüße. Der schwierigen Lage der Landgemeinden müsse beim Finanzausgleich Rechnung getragen werden. Staatssekretär Dr. Popitz vom Reichsfinanzministerium sprach sodann über den Finanzausgleich.

Militärkontrolle und Entwaffnung.

Eine bevorstehende Erklärung der Reichsregierung.

Das Pariser „Journal“ erfährt aus Berlin, daß die Reichsregierung in naher Zeit mit den Regierungen der Entente in Verbindung treten will, um die Frage der Entwaffnung definitiv zu regeln. Um die Verhandlungen zwischen Paris und Berlin zu erleichtern, denke die Reichsregierung daran, einen Beamten der Wilhelmstraße, der Spezialist in Entwaffnungsfragen ist, der deutschen Volkschaft in Paris für einige Zeit beizugeben. Der Berliner Korrespondent des „Journal“ glaubt, daß eigentlich nur noch zwei Punkte zu regeln bleiben, von denen der eine (die Organisation der Schupo) keine Schwierigkeiten machen wird. Die zweite Frage ist delikater. Sie betrifft die Definition des Kriegsmaterials, dessen Fabrikation verboten werden soll. Man glaube in Berlin, daß die endgültige Verständigung noch vor der Ratifikation in Genf zu erreichen sein wird.

In gut unterrichteten politischen Kreisen Berlins wird versichert, daß das Reichskabinett sich zu Beginn dieser Woche eingehend mit der Frage der Entwaffnung und der Militärkontrolle beschäftigt und seinen Standpunkt in einer sehr klar formulierten Erklärung zum Ausdruck bringen wird. Das Reichskabinett wird hierbei erklären, daß nach Vereinigung der noch ausstehenden Entwaffnungsfragen der interalliierten Militärkontrolle in Deutschland unbedingt ein Ende gesetzt werden muß. In dieser Forderung gibt es in Deutschland keine Parteunterschiede. In maßgebenden Berliner politischen Kreisen weist man ferner darauf hin, daß die Frage der Militärkontrolle für Deutschland der Prüfung sein wird, ob den in Locarno geschlossenen Verträgen wirklich die große moralische Kraft innewohnt, die die Weltmeinung ihnen beimißt, oder ob Locarno ein bloßes Schlagwort geworden ist.

Die Vorgänge in der Marine 1917/18.

Referate von Dr. Pflieger und Koske.

Im Untersuchungsausschuss für die Marinemunterei des Untersuchungsausschusses des Reichstages gab der Abg. Dr. Pflieger auf Wunsch des Ausschusses eine Darstellung über die Vorgänge, wie sie sich ihm als dem damaligen Marinereferenten des Reichstages darstellten. In einem im Juli 1917 an Staatssekretär von Capelle gerichteten Brief hatte Dr. Pflieger diesem ihm von einem Matrosen zugegangene Mitteilungen bekanntgegeben, nach denen Verabredungen zwischen Matrosen getroffen worden waren, bei etwaigem Auslaufen der Flotte einzelne Maschinenteile herauszunehmen. Er kam zu der Überzeugung, daß, wenn diese Angaben der Wahrheit entsprächen, Landesverrat und Meuterei vorliegen würden. Er gewann auch den Eindruck, daß hierbei die U. S. P. D. ihre Hände im Spiele hätte. Bei späterer Zusammenkunft wurde den Abgeordneten von den Vorfällen in der Marine erzählt, wobei dann bekannt wurde, daß mehrere Matrosen zum Tode verurteilt worden waren. Dr. Pflieger vertrat damals den Standpunkt, daß die Untersuchung hätte weiter ausgedehnt werden müssen, um etwaige Zusammenhänge zwischen den Vorgängen in der Marine und der U. S. P. D. zu ergründen. Diesen Standpunkt teilt Dr. Pflieger auch heute noch. Der ebenfalls vernommene Oberpräsident Koske, der früherer Korreferent des Reichstages für den Marinestat war, erklärte, über ein Zusammenwirken der Unabhängigen mit den Meuturern von 1917 sei ihm nichts bekannt gewesen. Nach seiner Meinung sei die Revolution dem elementaren Verlangen der Mannschaften entsprungen, nach Hause zu kommen, nachdem durch Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen der Krieg nach ihrer Meinung tatsächlich beendet worden sei. Da habe niemand mehr sein Leben opfern wollen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Weitere Veränderungen im Auswärtigen Dienst.

Wie halbamtlich mitgeteilt wird, tritt der General-Konful in Amsterdam, Prinz Hagfeld, in den einstweiligen Ruhestand. Zu seinem Nachfolger ist der Gesandte in Luxemburg, von Gülich, in Aussicht genommen, der durch den Gesandten in Kairo, Mertens, ersetzt werden wird. An seiner Stelle soll der jetzige Leiter der Personalabteilung des Auswärtigen Amtes, Ministerialdirektor von Stohrer, nach Kairo gehen. Es ist beabsichtigt, zu seinem Nachfolger den jetzigen Dirigenten der Personalabteilung, vortragenden Legationsrat Dr. Schneider, zu ernennen. Außerdem geht der bisherige Gesandte in Kolumbien, von Häfen, in den einstweiligen Ruhestand. Zum Nachfolger ist der bisherige General-Konful in Chicago, Steinbach, in Aussicht genommen, der bereits seit mehreren Monaten den Gesandten von Häfen in Bogota vertritt. Zum General-Konful in Chicago ist der vortragende Legationsrat im Auswärtigen Amt, Simon, vorgesehen.

Besprechungen des Reichskanzlers.

Reichskanzler Dr. Marx hatte eine Aussprache mit den Vertretern der Gewerkschaften unter Beteiligung der Reichsminister Dr. Brauns, Dr. Curtius und Dr. Haslinde über die Arbeitszeitfrage. Im Verlauf dieser Aussprache wurde seitens der Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen zum Ausdruck gebracht, daß sie nach eingehender Prüfung aller Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft zu der Forderung einer Durchführung des Achtstundentages, namentlich aber der Verknüpfung des Überstundenmißbrauchs kommen müßten, um eine fühlbare Verminderung der Arbeitslosigkeit zu erreichen. Später wurde der Reichskanzler vom Reichspräsidenten empfangen, um ihm Vorträge über die gesetzgeberischen Pläne der Reichsregierung zu halten und den Reichspräsidenten über die in den letzten Tagen stattgefundenen Besprechungen mit den Parteiführern zu unterrichten.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Von den Kommunisten wird die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen den als lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten Kommunistenführer Hölz eifrig betrieben. Wie sie mitteilen, hat sich jetzt der Mann gemeldet, der die Revolver-schüsse auf den Gutsbesitzer Heß abgefeuert hat, die vom Gericht damals Hölz zugeschrieben wurden. Das preussische Justizministerium hat sich bereits mit der Angelegenheit befaßt.

Dresden. Der neue Sächsische Landtag ist auf Donnerstag, den 25. November, mittags 1 Uhr, einberufen worden.

München. Der Bayerische Brauerbund hat angesichts der am 1. Januar eintretenden Erhöhung der Biersteuer um ein Drittel eine neue Kundgebung erlassen, worin die bayerische Staatsregierung und die Vertreter Bayerns im

Die Waffen der bayerischen Einwohnerwehr.

Aus dem Gemeindeforschungs des Reichstags.

Der Gemeindeforschungs des Reichstags trat wieder zusammen, um die bayerischen Wehren für die Einwohnerwehr zu vernehmen, die er während seiner Münchener Tagung nicht hatte hören können. Zeuge Obergeometer a. D. Kanzler-München, der als einziger von den geladenen drei Zeugen erschienen und stellvertretender Chef der Einwohnerwehr war, befand sich: Die angeblichen Waffenverschiebungen bestanden lediglich darin, daß vaterländisch gefinnte Leute Waffen versteckten, um Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten. Als 1921 die Auflösung der Einwohnerwehr dekretiert wurde, hat der amtliche Kommissar Wittinger die Waffen wohl restlos in die Hände des Staates übergeführt. Da durch die Riefendemonstrationen

das ganze Land von Waffen entblößt

wurde, so wollten nationalgefingte Leute wahrscheinlich einen Mangel vorziehen dadurch, daß einzelne Exempel statuiert wurden. Mir sind drei oder vier Fälle bekannt. Ich muß aber darauf hinweisen, daß durch die Sperrmaßnahmen 6000 bis 8000 Menschen ihr Leben eingebüßt haben. Eine sogenannte Gemeindeforschung hat nach meiner Kenntnis nicht bestanden. Die vorgekommenen Tötungen haben zweifellos ein Zurückgehen der Waffenverhältnisse bewirkt. Die Leitung der Einwohnerwehr hat von solchen Dingen nichts gewußt und sie auch nicht unterstützt. Ich bekam 1919 unbefristete Vollmachten von der Regierung, allen Weibern, die ich ins besetzte Gebiet schickte, habe ich damals falsche Pässe ausgestellt. Ich habe selbst auch einen falschen Paß gehabt. Mit dem falschen Paß für Schweidhardt siehe ich in meinem Zusammenhang. Der Polizei war

die Ausstellung falscher Pässe

bekannt, aber daß die Polizeidirektion München von sich aus falsche Pässe ausstellte, ist mir nicht bekannt. Als der Abg. Levy (Soz.) eine Frage an den Zeugen richtete, erklärte dieser, er könne dem Abg. Levy keine Antwort geben, weil der Abg. Levy sich seit sechs Jahren in der Öffentlichkeit, in der deutschen Presse den Vorwurf des Landesverrats habe machen lassen. Jedem andern wolle er Rede und Antwort stehen. Als der Vorsitzende den Zeugen darauf aufmerksam macht, daß er seine Aussage nicht verweigern könne, erwidert dieser, er sei bereit, die Konsequenzen zu tragen. Auf eine Frage des Abg. Dr. Levy, wie bei den Waffenvergaben verfahren worden sei, erklärt der Zeuge Kanzler, die Waffentransporte seien offiziell, aber doch meist in der Nacht vor sich gegangen, um sie den Blicken Unrufer zu entziehen. Welcher Leute man sich bedient habe, wisse er nicht, wahrscheinlich seien es Studenten gewesen. Am Schluß der Sitzung, in der die Vernehmung des Zeugen Kanzler beendet wurde, führte der Vorsitzende, Abg. Dr. Schetter, aus: In der nächsten Sitzung werden wir, wenn es gelingt, ihren Aufenthalt zu ermitteln, die beiden Zeugen Dobner und Neunzerl vernehmen. Gelingt das nicht, so werden wir die Verhandlungen über die Münchener Einwohnerwehrrälle zu Ende bringen, indem die beiden Bericht-erklärer gewisse Thesen formulieren, über die wir durch Mehrheitsbeschluß abstimmen. Dann werden wir uns schlüssig werden, in welcher Weise wir die

Fälle der Schwarzen Reichswehr

durch Heranziehung von Alten und vielleicht auch durch Vernehmung von Personen fördern wollen, so daß wir Anfang nächsten Jahres spätestens den Komplex der Schwarzen Reichswehr in Angriff nehmen können. Die nächste Sitzung findet in den ersten Tagen des Dezembers statt.

Mussolinis verschärftes Regime.

Fahnengruß und Fingerabdrücke.

Das Regierungsamtblatt in Rom veröffentlicht Bestimmungen über die Ausweisarten, welche durch das neue Polizeigesetz für gewisse Leute vorgeschrieben werden können. Nach den Bestimmungen des Regierungsblattes sollen die Ausweisarten die Photographie des Betreffenden ohne Hut sowie seine Fingerabdrücke aufweisen. Ferner werden die Ausweisarten die charakteristischen Merkmale ihrer Träger gleichfalls erhalten müssen.

Das faschistische Amtsblatt schreibt: Es ist eine berechtigter Gewohnheit der Faschisten, zu verlangen, daß die Passanten während der faschistischen Umzüge die faschistischen Fahnen zu begrüßen haben. Der Generalsekretär der Partei bestimmt daher, daß man den Gruß nur verlangen könne für die Feldzeichen der Legionen, der Nationalmiliz sowie die Fähnlein der Facci. Ausgeschlossen sind von der Grußpflicht die Fähnlein der einzelnen Geschwader der Balila (faschistische Organisation der 15jährigen Knaben), der Jugendwehren und anderer faschistischer Organisationen.

In Foggia wurden zwei Faschisten, welche Ausschreitungen an dem Attentatsstage begangen hatten, zu zwei Jahren Gefängnis und 500 Lire Geldstrafe verurteilt.

Heimchen.

Roman von Erich Ebenfeld.

Copyright by Greiner & Comp., Berlin W 30.

(Nachdruck verboten.)

16. Fortsetzung.

Denn Fredegild besaß nun ein eigenes Zimmer. Das wenigstens hatte sie aus Serenas Kommen für sich herausgeschlagen: Sie verlangte kategorisch, daß das von Viktor bereitwillig zur Aufnahme Serenas geräumte Zimmer nicht der „hergelauenen“ Kusine, sondern ihr selbst zugute käme.

„Hab' ich so lange das Schlafzimmer mit Mama und Martha teilen müssen“, sagte sie, „so mag es nun Serena tun. Sie kann froh sein, daß sie überhaupt hier unterrichten kann. Keinesfalls duide ich, daß dies Fräulein Habenichts es auf meine Kosten hier besser haben soll als ich!“

In Anbetracht des häuslichen Friedens gab man ihr schließlich nach.

Und Serena, die von alldem nichts ahnte, war bei ihrer Ankunft überglücklich, daß sie bei Tante Minna und Martha schlafen sollte, die ihr beide so warm und liebevoll entgegengekommen waren.

Fredegild ordnete mit besonderer Sorgfalt ihr äppiges, schwarzes Haar, das so fein und glänzend war wie Seide, und wählte unter ihren Hüten mit Bedacht einen großen, schwarzen Spitzhut, der es möglichst zur Geltung brachte. Ein kaum angedeuteter Fuß darauf aus glänzend, pastellblauer Seide, der mit der Farbe des Kleides übereinstimmte, hob noch besonders das strahlende Tiefblau ihrer Augen.

Serena hatte das Kleid pünktlich nach einer Viertelstunde in Fredegilds Zimmer gebracht und sich, da die Kusine auch jetzt, statt eines Dankes, bloß kurz sagte: „Es ist gut, man merkt wirklich nichts“, rasch wieder entfernt.

Fredegild vollendete ihren Anzug. Prüfend stand sie zuletzt noch eine Weile vor dem Spiegel, jede Einzelheit ihrer Erscheinung genau auf die Wirkung abschätzend.

Sejmeröffnung in Warschau.

Vor leerem Hause.

Auf dem Schloß wurde das Dekret über die Eröffnung des Sejms durch den Staatspräsidenten verlesen. Nur ein Fünftel der Abgeordneten hatte sich dazu eingefunden; kein einziger der polnischen und deutschen Sozialisten war erschienen, ebenso keiner der jüdisch-nationalen Abgeordneten und keiner der nationalen Minderheiten. Die strittige Frage, ob die Abgeordneten während der Vorlesung sitzen oder stehen sollten, hatte die Regierung in der Weise „geklärt“, daß aus dem Saal sämtliche Stühle entfernt worden waren. Sodann fand die erste Sitzung statt, in der der Finanzminister den Haushaltsplan für 1927 erläuterte. Darauf wurde die Sitzung geschlossen. Ein Antrag sämtlicher Parteien auf Aufhebung des Pressedekrets wurde dem Sejmmarschall überreicht.

Die Konferenz in Odessa.

Der Inhalt der Besprechungen.

Tschitscherin und Tenzit Ruschi Bei hatten eine dreistündige Unterredung über aktuelle Fragen hinsichtlich der Beziehungen beider Länder. Auch mit der internationalen Lage zusammenhängende Probleme wurden berührt. Beide Staatsmänner stellten mit großer Befriedigung fest, daß die seit längerer Zeit zwischen ihnen bestehende Übereinstimmung nach wie vor unverändert sei.

Wie der Asien-Osteuropa-Dienst aus bestinformierten türkischen Kreisen erfährt, werden in Odessa zwischen dem russischen Außenminister Tschitscherin und dem türkischen Außenminister Ruschi Bei folgende vier Fragen besprochen werden: 1. Die Frage des beschleunigten Abschlusses des türkisch-russischen Handelsvertrages. 2. Die Vereinheitlichung der Petroleumpreise Russlands und der Türkei unter Einbeziehung Persiens. 3. Die Frage eines panasiatischen Zusammenschlusses. Der in Wien vor kurzem stattgefundene Paneuropakongress hat die auf russischer wie auf türkischer Seite geäußerten Wünsche nach einem panasiatischen Zusammenschluß verstärkt. 4. Die Möglichkeit des Abschlusses eines asiatischen Locarno's. Die Verhandlungen über die letzten Punkte werden, wie türkischerseits versichert wird, dadurch beeinträchtigt, daß Japan und China dieser Frage gegenüber eine ablehnende Haltung einnehmen. Japan hält den grundsätzlichen Interessenausgleich zwischen Rußland, der Türkei, Persien und Afghanistan für zunächst am wichtigsten, während das Zustandekommen einer panasiatischen Bewegung für weniger wichtig gehalten wird.

Der Aufstand auf Java.

Gegen die niederländische Herrschaft.

Aber den Aufstandsversuch werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Die Unruhen sind an zahlreichen Plätzen des westlichen Java fast zu gleicher Zeit ausgebrochen. Das heftige Gefecht um das Telephonamt von Batavia dauerte etwa drei Stunden. Trotzdem das Amt von Militärabteilungen umzingelt war, gelang es dem größten Teil der kommunistischen Besatzung, bei einem Ausfall zu entkommen. 17 Kommunisten konnten jedoch gefangen genommen werden. Auch in zahlreichen anderen Orten, vor allem in Weltevreden, Tangerang, Nagreg, Tjantung und Labunan kam es zu heftigen Kämpfen zwischen der Polizei und kommunistischen Banden. Militärische Verstärkungen sind dorthin unterwegs. Bei den Kämpfen hat es auf beiden Seiten zahlreiche Tote und Verwundete gegeben. Bisher sind auf den verschiedenen Polizeistationen über 200 Verhaftete eingeliefert worden.

Lokales und Provinzielles.

Halber, den 15. Nov. 1926.

□ Vermögenssteuerzahlung der Landwirtschaft. Steuerpflichtige, deren Vermögen hauptsächlich aus landwirtschaftlichem Vermögen besteht, haben, sofern ihnen am 15. November der Vermögenssteuerbescheid noch nicht zugestellt worden ist, bis zu diesem Tage (mit Schonfrist bis zum 22. November) die Hälfte des Vermögenssteuerjahresbetrages von 1924 zu entrichten. Wird durch den nach dem 15. November zugestellten Steuerbescheid ein die Summe der geleisteten Vorauszahlung übersteigender Steuerbetrag festgestellt, so ist der Unterschiedsbetrag am 15. Februar 1927 zu zahlen. Unterläßt der Pflichtige in den Fällen, in denen ihm bis zum 15. November der Vermögenssteuerbescheid noch nicht zugestellt ist, die Zahlung der an sich am 15. November fälligen Vorauszahlungssrate, zahlt er aber binnen zwei Wochen nach Zustellung des Vermögenssteuerbescheides den gesamten auf Grund des Bescheides für die Jahre 1925 und 1926 noch zu entrichtenden Betrag, so wird von der Erhebung von Verzugszuschlägen (bzw. ab 1. Dezember von der Erhebung von Verzugszinsen) wegen der Nichtleistung der Vorauszahlung abgesehen. Macht der Steuerpflichtige von dieser Regelung Gebrauch, so hat er also binnen zwei Wochen nach Zustellung des Vermögenssteuerbescheides den gesamten Betrag nachzuzahlen, um den die Steuer für 1925 und 1926 die für die beiden Jahre geleisteten Vorauszahlungen übersteigt, also auch den Unterschiedsbetrag, den er an sich wegen der Zustellung des Bescheides nach dem 15. November erst am 15. Februar 1927 zu zahlen haben würde.

□ Aufruf zur Schaffung von Jugendherbergen. Der Verband für Deutsche Jugendherbergen erläßt einen Aufruf an Städte und Gemeinden, den Bau neuer Herbergen zu unterstützen. Die Behörden erkennen, so heißt es in dem Aufruf, daß das Reichsherbergswesen nur mit starkem Einsatz von öffentlichen Mitteln verwirklicht werden kann. Aber noch ist erst ein bescheidener Anfang gemacht. Es ergeht daher an die deutschen Städte und Gemeinden die herzliche und dringende Bitte, in den Haushalten für 1927 einen Mindestbeitrag von 5 Pfg. auf den Kopf der Bevölkerung einzusetzen zu wollen, wie er schon seit 1925 in Westfalen gemäß Befürwortung des Westfälischen Städtetages fast restlos von den Städten gegeben wird; im Jahre 1926 traten zahlreiche große und kleine Städte und Gemeinden im ganzen Reiche hinzu.

—* Benutzt nach Möglichkeit die Sitzzüge 957 ab Lüdenscheid, 10¹⁶ ab Brügge, 10²⁵ ab Schalksmühle, 10³⁴ ab Breckerfeld-Privorei, 10⁴⁷ ab Oberhagen, 10⁵⁴ an Hagen und zurück, 10⁶² ab Hagen, 10⁶⁵ ab Oberhagen, 11⁰² ab Breckerfeld-Privorei, 11²¹ ab Schalksmühle, 11²² ab Brügge, Lüdenscheid an 11²², damit sie zu einer dauernden Einrichtung werden. In Brügge ist morgens Anschluß an den Sitzzug von dem beschleunigten Personenzug von Dieringhausen und dem Personenzug von Halber.

—* Die Erhaltung des D'Zugpaars 275/276 Dortmund-Hagen-Altena-Siegen-Frankfurt a. Main und zurück ist ebenfalls nur bei ausgiebiger Benutzung möglich. Diese Ruhr-Siegtstrecke ist kürzer, sodaß Zeit und Geld gespart werden, überdies ist die Reise bequemer, da die am Rhein entlang fahrenden D'Züge fast immer überfüllt sind.

—* Beseitigung der Fäulniskeime in den Kellern. Die Fäulniskeime und Schimmelpilze treten überall dort auf, wo viel Feuchtigkeit und Wärme vorhanden sind, und keine Sonne hineinscheinen kann; denn man muß sich vorhalten, wo die Sonne nicht hineinscheint und die Luft nicht vorbeistreichen kann, dort sind die Brutstätten aller gefährlicher Bakterien und schädlichen Pilze. Der Keller kann also bei schlechter Behandlung eine solche Höhle werden. Darum folgt aus dem oben Gesagten, daß die Keller und Aufbewahrungsräume reichlich gelüftet werden müssen, und daß möglichst auch Luft und Sonne hineinkönnen. Außerdem sollte man nicht veräumen, ehe man die ersten Kartoffeln und die ersten Äpfel und Gemüse an den Aufbewahrungsort bringt, den Keller und ähnliche Räume gründlich zu lüften und zu reinigen, hierauf mit Schwefelsäure auszuschwefeln, wobei man alle Öffnungen schließt. Decken und Wände werden dann mit Kalkmilch, der Mann und Salz zugefügt werden, bestrichen. Ebenso erhalten alle Holzteile einen Anstrich mit einer Lösung von schwefelsaurem Calcium. Diese Arbeit kann an Regentagen vorgenommen werden. Man Sorge stets nach der Reinigung für tägliche Lüftung, solange noch kein Frostwetter ist.

□ Halber, 15. Nov. Als am Sonntag morgen der Landrat Sch. aus Schlade hiesiger Gemeinde seinen beim Wohnhause befindlichen Henschuppen betrat, um einige durch den Sturm in der vorausgehenden Nacht beschädigte Dachziegel auszuwechseln, gewahrte er in nächster Nähe im Heu eine schwarze Menschengestalt liegen. Nachdem er sich Hilfe herbeigeholt hatte, konnten sie feststellen, daß es eine männliche Leiche war. Herr Sch. benachrichtigte die hiesige Polizeiverwaltung, die auch alsbald mit dem Polizeiarzt Sanitätsrat Dr. Köhler erschien. Die Leiche wurde hervorgeholt und einer Untersuchung unterzogen, wobei sich herausstellte, daß der Tod infolge Ermattung schon vor ungefähr 10—14 Tagen eingetreten sein mußte. Aus den bei dem Toten vorgefundenen Papieren ergab sich, nach einem Ent-

schien keine Grenzen gezogen wurden, also Geld keine Rolle spielte.

Und das sagte sie ihm eines Tages auch ganz ruhig in nackten, dünnen Worten, als er, hingerissen von der Gelegenheit, sich vermaß, ihr seine Liebe zu gestehen.

Zu ihrem Erstaunen schreckte ihn diese Erklärung weder ab, noch ernüchterte sie ihn.

„Gut“, sagte er, „ich begreife das. Sie sind ein außerordentliches Wesen und Ihre Schönheit braucht diesen glänzenden Rahmen, um sich frei bewegen zu können. Aber dann werde ich Ihnen diesen Rahmen eben schaffen! Und wenn mein Vermögen erst nach Millionen zählt und ich es als Bankdirektor immer weiter ins Ungemessene vermehren kann, dann werden Sie meine Werbung annehmen, nicht wahr?“

Die ruhige Selbstverständlichkeit, mit der er von ungemessenen Millionen sprach, imponierte Fredegild und umhüllte gewissermaßen ihren kühlen Verstand, so daß sie mit einem Sphinglächeln antwortete: „Vielleicht...!“

Im stillen sagte sie sich: „Vielleicht bringt er es ja wirklich zustande! Dann hätte ich nichts gegen seine Person... falls natürlich meine andern Pläne nicht den gewünschten Erfolg brächten.“

Vor diesem Tag an begann Leo Satory an der Börse zu spielen und betrachtete sich als Fredegilds Bräutigam.

Si lachte zwar dazu, sagte, das sei Unsin und so weit seien sie noch lange nicht, auch verbot sie ihm aus strengster, von dieser „Kinderei“ je irgend etwas merken zu lassen vor anderen — aber sie brach das Spiel mit ihm auch nicht ab.

Sie behandelte ihn zuweilen so schlecht, daß er nächstlang nicht schlafen konnte vor Verzweiflung. Dann lockte sie wieder mit halben Worten und dem Spiel ihrer wunderschönen Augen, daß er vor Seligkeit halb verrückt war.

„Rag- und Maus-Spiel“ nannte Fredegild es bei sich und fand es ebenso belustigend wie anregend und lehrreich.

Fortsetzung folgt.

